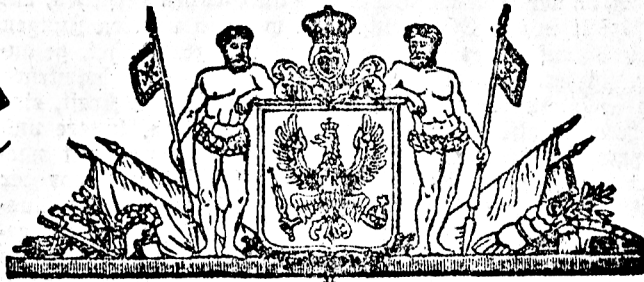


Woffische



Zeitung

15 Pfennig

Begründet

1704

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): I. V. Rolf Gallier in Berlin * Hauptgeschäftsstelle: Berlin SW, Kochstraße 22-26 * Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co, Moritzplatz 11 800 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 281

Eine halbe Million Arbeiter für Frankreich.

Die Durchführung des Friedens.

Die Lieferung deutscher Kohle.

Wie wir hören, ist seit gestern abend 9 Uhr die telegraphische Verbindung mit Versailles unterbrochen worden, so daß Nachrichten über die gestrigen mündlichen Verhandlungen hier nicht eingelaufen sind. Aus dem bisherigen Verlauf der Besprechungen geht hervor, daß die Entente-Staatsmänner auf der strikten Durchführung des Friedensvertrages bestehen. Besonders Gewicht legen die Franzosen auf die baldige Stellung von Arbeitern. Es wird an etwa 500 000 Mann gedacht, die in Baracken untergebracht werden sollen. Auf einen Hinweis

des deutschen Unterhändlers, daß es für die deutsche Regierung schwierig sein würde, Arbeitskräfte für den Wiederaufbau Frankreichs zu erhalten, erklärte der französische Vertreter, daß diese Schwierigkeiten seiner Regierung bekannt seien. Es müsse aber der deutschen Regierung empfohlen werden, mit allen Mitteln das Volk zur Arbeit anzuhalten, da sonst eine Durchführung des Friedensvertrages unmöglich sei. Frankreich könne auf die Bestellung von Arbeitern nicht verzichten und müsse nötigenfalls verlangen, daß Zwang angewandt werde, um die nötigen Arbeitskräfte zu beschaffen. — Von deutscher Seite ist angeregt worden, bald in Verhandlungen über die Artikel des Friedensvertrages einzutreten, die die Lieferung deutscher Kohle betreffen.

Wehrpflicht — Dienstpflicht?

Vorschläge zu einem Gesetz.

Von

Mathien Schwann-Röhl.

Der nachfolgende Vorschlag bietet zwar — wohl auch im Sinne des Verfassers — keine vollkommene Lösung für die Arbeiterfrage beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete. Dennoch veröffentlichen wir ihn gern als einen warmen Appell an die Jugend zur geistigen und physischen Teilnahme an dem bevorstehenden Wiederaufbau.

Die harten Friedensbedingungen wurden unterzeichnet. Eine Ablehnung hätte nur den einmütigen, unerschütterlichen, auch bis zum Untergange entschlossenen Willen des deutschen Volkes zur Voraussetzung haben können. Dieser Wille fehlte. Woran das liegt, das ist im Augenblick einerlei.

Unterhandeln? — Die Gegner entzogen sich weiterer Verhandlung. Sie haben sich eine Anschauung von den Ursachen des Krieges, von der Schuld am Weltkriege, von unserem „barbarischen und verbrecherischen Willen“ und von ihrem eigenen Verufe, Vertreter der Menschlichkeit, Gerechtigkeit und Vernunft zu sein, gebildet, die im Augenblick nicht und nicht auf Grund weniger geschichtlicher Erinnerungen, zu widerlegen, nicht aus den Köpfen herauszudisputieren ist, um so weniger, als Glaube und Vorurteil, Leidenschaften und Vortell auf allen Seiten diese Anschauung stets von neuem zu befestigen scheinen und an ihr festzuhalten zwingen. Sie also zu korrigieren ist jetzt weder Zeit, noch Aussicht.

In den Umkreis dieser Anschauung gehört auch vor allem diejenige von der Verderblichkeit des preussischen „Militarismus.“ Was uns das Heer war, wissen wir alle. Wir liebten unsere Soldaten, wir blickten mit Freude auf sie; unsere Söhne waren stolz darauf, in dem Regiment zu dienen, wo schon der Vater gestanden; unsere Mütter erzählten mit Vorliebe „aus ihrer Soldatenzeit“. Unsere Offiziere waren für uns ein vornehmer Stand, und die Offizierschule war vorbildlich geworden für viele Stände und Berufe. Das Heer war uns eine Schule völkischer Zucht, deutscher Bestimmung und ernster Pflichten. Gewiß manches hatte sich da in den letzten Jahrzehnten verändert, war äußerlicher, oberflächlicher geworden, aber der Kern war nicht kahl. Das bewiesen unsere Braven, als es so furchtbar ernst werden sollte. Und wir Aelteren sahen unsere eigenen Erinnerungen und Erfahrungen bestätigt, die sich bis zu dem vollstimmlichen Urteile verdichtet hatten: „Kein rechter Mann der nicht Soldat war.“ So verstanden wir unsere allgemeine Wehrpflicht, und so übten wir sie aus.

Mit der Unterzeichnung des Friedens wird und soll sie fallen. Das gibt einen Riß in unser bisheriges Erziehungs- und Lebenswesen des Volkes, dem Verbote nicht unähnlich, das unsere allgemeine Schulpflicht etwa trübe. Es wird eine Säule gestürzt, die unser Volksleben auch in stiller Beziehung tragen half.

Sollen wir nun ohnmächtig und trauernd dastehen und rücksichtslos sehen, dem Verlorenen nach? Sollen wir den Verlust wie ein unabwendbares Schicksal über uns ergehen lassen? Oder sollen wir uns mit aller Kraft zusammenraffen und uns einen neuen Stützpfiler bauen, einen Ersatz der Wehrpflicht, der zeigt, daß wir wirklich noch stark und innerlich hell sind, stark genug in unserem Wesen und Willen, eine neue, vielleicht gar eine edlere Form vaterländischer Erziehung für uns zu finden?

Ist uns die Wehrpflicht versagt, so doch die Dienstpflicht nicht, nicht die Pflicht der Arbeit. Mit dem Spaten und Hammer, mit dem Meißel und Pickel, mit dem Zirkel und Stifte dem Vaterlande ein Jahr zu dienen, — das ist uns nicht verwehrt. Also — ans Werk! Ich schlage ein neues Gesetz auf folgender Grundlage vor:

Alle jungen Männer von 18 bis 20 Jahren haben dem Vaterlande ein Arbeitsdienstjahr zu leisten.

Die Art des Dienstes richtet sich nach der körperlichen und geistigen Beschaffenheit des Einzelnen.

Die Arbeitspflichtigen werden in Kompagnien und Bataillonen abgeteilt nach Berufsgruppen.

Und diese Bataillone rücken unter deutscher Führung zunächst aus, um den Bergbau, die Landwirtschaft, die Bauten usw. in den durch den Krieg verwüsteten Zonen wiederherzustellen.

Deutsche Fachleute sind ihre „Offiziere und Unteroffiziere.“

Die Ordnung ist militärisch streng, der Dienst streng geregelt. In den bewährten Grundsätzen einer männlichen Strenge wird festgehalten.

A. R.

Die auswärtige Politik des tschechischen Staates.

Prag, das diplomatische Zentrum Mitteleuropas.

Prag, 14. Juli. (W. T. B.)

Die tschecho-slowakische Korrespondenz veröffentlicht ein Communiqué, in dem gesagt wird: Unsere Beziehungen zu den Staaten, welche bisher uns feindselig waren, sind vor allem durch die Friedensverträge bestimmt. Natürlich werden wir die Möglichkeit haben, diese Beziehungen zu ergänzen, zu vertiefen und durch gerechte Auslegung der einzelnen Vertragsbestimmungen normale und freundschaftlichere Beziehungen zu den einzelnen Staaten zu schaffen. Es scheint, daß einige Kreise bei uns glauben, daß unser Bündnis mit der Entente irgendwelche militärischen und politischen Verpflichtungen bedeutet, daß wir das Instrument irgend eines großen Staates darstellen. Es könnte keinen größeren Irrtum geben. Wir sehen in dem Bündnis einen Bund, der dazu führen kann, gemeinsam unsere Existenz gegen einen Feind zu schützen. Mit Rücksicht auf Deutschland müssen wir eine loyale, korrekte und verträgliche Politik machen; zugleich aber schon heute deutlich eine Tradition für unsere auswärtige Politik ausbilden, welche niemals zulassen darf, daß sie ein Instrument in der Hand irgend eines Nachbarn werde und ihre Freiheit und Möglichkeit, eine internationale Konstellation diplomatisch auszunutzen, verliere. Unsere Politik wird stets auf das freundschaftliche Bündnis mit dem russischen Volke gerichtet sein. Mit dem Eintritt des russischen Volkes in die Weltpolitik kann niemand in absehbarer Zeit rechnen; daher muß in diesem alle Reserve gewahrt werden, da unser Verhältnis zu Rußland ein vitales Problem unserer Existenz bedeutet. Unsere Beziehungen zu Südslawen müssen freundschaftlich bleiben. Die italienische auswärtige Politik zögert heute und weiß nicht, ob sie der Entente treu bleiben oder Annäherung an diejenigen Elemente suchen soll, welche im gegnerischen Lager standen. Unsere Republik hat kein Interesse daran, Italien durch ihr Votum in feindseligen Lager zu treiben, in welchem Italien die möglichen Konflikte mit unseren ehemaligen Feinden gegen uns ausnützen würde. Wir wünschen eine freundschaftliche und loyale Verständenpolitik mit ihm. Unsere Beziehungen zu Rumänien und Polen müssen so ausgebaut werden, daß wir vollkommen sicher sein können, daß uns von dieser Seite keine Gefahr drohen kann. Prag muß das diplomatische Hauptzentrum für ganz Mitteleuropa werden und wird es auch werden. Das bedeutet, daß die Bedeutung von Wien und Budapest stark sinken, und daß das Ziel unserer nationalen Politik sein müssen, daß wir über beide das politische und wirtschaftliche Übergewicht gewinnen. Man muß sich aber vergegenwärtigen, daß man es auch heute nicht darauf abgesehen hat, Wien vollkommen zu vernichten. Wien wird ein bestimmtes Zentrum sein; insbesondere haben die Weststaaten Interesse daran. Das bedeutet, daß wir mit Wien als mit einem gewissen politischen Faktor rechnen müssen. Falls die Magyaren uns gegenüber loyale Politik beobachten, werden wir uns bemühen, ihnen mit gleicher Loyalität zu begegnen und bis zu einem gewissen Maß uns ihnen zu nähern.

Das tschechische Regierungsprogramm, als das man die Kundgebung der tschecho-slowakischen Korrespondenz ansehen muß, bedeutet die Ankündigung eines be-

sonderen politischen Kurses, der geeignet ist, die positive Arbeit in Europa zu fördern. Der tschechische Staat will, ohne seine bisherigen guten Beziehungen zur Entente zu stören, doch andererseits keine Politik mitmachen, die den quer durch Europa gehenden Riß offen zu halten bestimmt ist. Er behält sich vor, freundschaftliche Beziehungen zu Deutschland zu pflegen. Diese Absicht kommt zweifellos den Wünschen des deutschen Volkes entgegen, aber sie wird sich nur durchführen lassen, wenn die tschechische Republik nicht vor die unmögliche Aufgabe gestellt wird, mit zwei feindseligen Lagern gleichmäßig gut befreundet zu sein. Die von Prag offenkundig angestrebte Verständigungspolitik kann nur im Rahmen einer europäischen Verständigung zur vollen Entfaltung gelangen; und man sollte nicht übersehen, welche wichtige Rolle Prag unter Umständen bei der Annäherung zwischen Berlin und Paris spielen könnte.

Zu betonen ist, daß der tschechische Staat als eine der Grundlagen seiner künftigen Außenpolitik die engen Beziehungen zu Rußland betrachtet, und zwar zu dem künftigen nichtbolschewistischen Rußland. Damit folgen die Tschechen nicht nur einer alten und unumstößlichen Tradition, sondern sie fügen sich auch hier wieder völlig in den Rahmen jener gesamt-europäischen Politik ein, für die Paris seit langem und neuerdings wieder während der Entente-Verhandlungen über Koltshat den Ton angegeben hat.

Mit Vorsicht behandelt das tschechische Exposé die italienische Frage. Es zeigt aber deutlich, die Ablehnung einer Konstellation, die Deutschland und Italien auf der einen, Frankreich auf der anderen Seite sehen möchte.

Hervorzuheben ist der Schlüsselpassus über die Rolle, die Prag künftig in Mitteleuropa spielen soll. Zum Verständnis dieser Stelle muß an die Bemühungen gewisser Entente-Kreise erinnert werden, Deutsch-Österreich dadurch vom Anschluß an Deutschland abzuhalten, daß man ihm, beziehungsweise seiner Hauptstadt, aufs neue die führende Rolle in einem Konzern der Nachfolgestaaten von Österreich-Ungarn verspricht. Diese Wiener Fiktion lehnt Prag nun ganz unmißverständlich ab. Daraus ergibt sich eine klare Alternative. Entweder man beharrt auf dem Zusammenschluß dieser neuen Staaten; dann beansprucht Prag die Führung, und daraus wird der Widerstand Wiens sich selbstverständlich ergeben. Oder man verzichtet auf dieses natürliche Gebilde, zumal Wien es zweifellos vorziehen wird, die zweite Stelle hinter Berlin, anstatt hinter Prag einzunehmen. Den Tschechen ist all das nicht zweifelhaft und ihre Absage gegenüber einer Wiener Führung beweist, daß sie im Rahmen einer verständigen deutschen Gesamtpolitik dem großdeutschen Gedanken vermutlich keine unüberwindlichen Schwierigkeiten bereiten werden.

Es darf niemand verwundern, daß das tschechische Programm die deutsche Frage überhaupt in sehr allgemeinen Ausdrücken behandelt, so lange man entweder in Prag noch sonst irgendwo in der Welt die künftige Berliner Politik kennt. Es ist insbesondere zu bemerken, daß die Kundgebung völlig über Deutsch-Böhmen schweigt, obwohl es doch der Prager Regierung klar ist, daß diese Frage nur im Vordergrund des Interesses steht. Das ganze Exposé zeigt, daß die Zeit für eine ernsthafte Auseinandersetzung zwischen Berlin und Prag im Rahmen eines europäischen Programms der deutschen Regierung mehr als reif geworden ist.